

## Erfurt, 3. Oktober: Demonstration gegen Ladenschlussdemontage

Die Gewerkschaft ver.di Thüringen ruft im Bündnis mit den DGB, Bürgerinitiative für Gleichbehandlung – gegen Billiglohn und sozialen Initiativen auf, sich am 3. Oktober an der Demonstration für die Einheit der Menschen und soziale Gerechtigkeit statt Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Diskriminierung zu beteiligen. Die Demonstration beginnt um 11 Uhr an der Thüringer Staatskanzlei in Erfurt, Regierungsstraße.

Die Gewerkschaft ver.di sieht sich bei ihrem Protest gegen die Demontage des Ladenschlusses auch im Bündnis mit einigen Einzelhändlern:

***"Ich werde .. nicht länger als 19:00 Uhr öffnen. Eine längere Öffnungszeit ohne große Erhöhung der Kaufkraft durch Lohnerhöhungen rechnet sich nur für große Ketten in besten Lagen, die keine Skrupel haben, Leute zu Dumpinglöhnen und Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich noch mehr schufteten zu lassen."*** (Ein Einzelhändler aus Sondershausen)

**„Die Regierungen und Parteien, die den Ladenschluss ausweiten wollen, ignorieren, dass bereits die vergangenen Ausweitungen keine Arbeitsplätze geschafft, sondern vernichtet und Beschäftigte in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse verdrängt hat“**, so der Landesfachbereichsleiter Handel Angelo Lucifero.

Im Juli 2006 ist der Umsatz im Einzelhandel Thüringen gegenüber 2005 um 1,1 Prozent und die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten um **5,8 Prozent**, die der Teilzeitbeschäftigten um **1,7 Prozent** gesunken - und das bei Ausweitung der Ladenöffnung im Zusammenhang der Fußball-Weltmeisterschaft.

Während es im Mai, ohne Ladenschlussausweitung, 0,2 Prozent Umsatzplus gab, aber trotzdem **3,5 Prozent** Arbeitsplätze abgebaut wurden.

**„Am 3. Oktober demonstrieren wir für die Rechte der ArbeitnehmerInnen und gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen vor allem erwerbstätiger Frauen. Am „Tag der deutschen Einheit“ wissen wir allerdings auch um Diskriminierungen von Menschen, die nicht Deutsche oder in prekären Lebenslagen sind. Deshalb fordert die**

**Demonstration nicht nur die Einhaltung des Ladenschlusses, sondern ein Vergabe- und Mindestlohngesetz und die ernsthafte Bekämpfung von Diskriminierung und Rechtsentwicklung!“** (Angelo Lucifero)



Vereinte Dienstleistungs-  
 gewerkschaft

Landesbezirk  
 Thüringen  
 Handel und Besondere  
 Dienstleistungen

[angelo.lucifero@verdi.de](mailto:angelo.lucifero@verdi.de)  
 Tel.: 0361 2117 190  
 0163 2328881

Erfurt, 01.10. 2006

PRESEINFORMATION

Als Kapitulation vor den großen Konzernen im Einzelhandel bezeichnet der Gewerkschafter Lucifero die Ausweitung des Ladenschlusses: „Wer angesichts des aggressiven Wettbewerbs im Einzelhandel die Öffnungszeiten ausweitet, gießt Öl ins Feuer. Der Wettbewerbsdruck auf die mittelständischen Unternehmen wird sich erhöhen, die Folge wären weiterer Personalabbau und noch mehr Billigjobs.“

Längere Öffnungszeiten wirken sich fatal auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten aus. Sie führen zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen und vor allen Dingen für die vielen beschäftigten Frauen zu unkalkulierbaren Risiken auf dem Nachhauseweg und der Betreuung ihrer Kinder.

Auch die Verbraucher hätten wenig Grund sich zu freuen. Die Erfahrungen seit 1989 zeigen, dass die Einkaufszonen mittlerer und kleinerer Städte zugunsten der „grünen Wiese“ und der großen Zentren bluten. Das ergäbe deutliche Einbußen für die Qualität und die Vielfalt der Versorgung. In vielen Dörfern gibt es schon heute kein frisches Brot mehr zu kaufen. Menschen sind immer mehr darauf angewiesen mit den Autos weite Strecken auf sich zu nehmen, um ihre Grundversorgung zu sichern.

**„Wer wirklich etwas für den Einzelhandel tun will, muss der zunehmenden Verarmung weiter Teile der Bevölkerung entgegenwirken“**, so Lucifero. Fast jeder zweite Arbeitnehmer/jede zweite Arbeitnehmerin in Thüringen hat ein Einkommen 50% unter dem des Bundesdurchschnittes. Viele Brutto-Löhne unter 6 Euro/Stunde. Nicht nur Spargelstecher und Saisonarbeiter in der Landwirtschaft würden mit Skandal-Löhnen von 3,60 Euro Brutto pro Stunde abgespeist; auch Friseurinnen, Wachleute, Taxifahrer, LKW-Fahrer, Floristinnen und viele Andere lebten mit Löhnen unterhalb der Existenzsicherung. **Armutspotential Thüringen:** 15% der Bevölkerung und 25% der Kinder unter 18 Jahre. Und mit der Verschlechterung des ALG II werden die aktuellen und zukünftigen Erwerbslosen noch mehr beschädigt.

Die soziale Notlage gefährde auch die Demokratie. Die desolante Arbeitsmarktsituation nutze derzeit vor allem der NPD.

**„Ist der Ministerpräsident Althaus auch Ausländer? Da viele Menschen der NPD Irrglauben, dass die Ausländer und das Ausland schuld an der Arbeitslosigkeit sind, muss man vermuten, dass Althaus und die anderen Politiker, die die Arbeitsbedingungen verschlechtern und Mindestlohn- und Vergabegesetz verweigern, auch Ausländer sind.“**

**Wir fordern Dieter Althaus auf, endlich auch als Ministerpräsident der ArbeitnehmerInnen und sozial Schwachen zu handeln und gegen die Demontage des Ladenschlusses und für ein Mindestlohn- und Vergabegesetz zu handeln“**, so Lucifero.



Angelo Lucifero  
ver.di-Landesfachbereichsleitung Handel Thüringen